24. Jahrgang / November 2014

Marzahn-Hellersdorf links

DIE LINKE. Bezirksverband Marzahn-Hellersdorf · Informationsblatt

Seite 2: Zur Person: Stephanie Gumpert / Petra Pau: „Unsere Wunden kann die Zeit nicht heilen“
Seite 3: Gibt‘s noch was außer Treppenlift / Politische Themen im WK 1 diskutiert / Ich sage OlympJa / Institutioneller Rassismus
Seite 4: Aus dem Bezirksvorstand / Vernunft statt Angst / Spendenaufruf an alle
Seite 5: Manuela Schmidt: Was muten uns Senat und Große Koalition noch zu? / Juliane Witt: Das Beste für Kinder und Jugendliche sichern
Seite 6: Erstaunliche Vielfalt / Siedlungsgebiete: Gründerzeit-Museum / Lese-Spaß ...
Seite 7: Jugendseite: Zögerliche Impulse von G-20-Finanzministertreffen
Seite 8: Veranstaltungstipps und Termine im Überblick / Hinten links

Wir bleiben dabei: Solidarität – Demokratie – Zukunft

Im Dezember wird Berlin einen neuen Senat bekommen. Nach Monaten des politischen Stillstandes in Folge des Wowereit-Rücktritts und dem SPD-internen Machtkampf ums Rote Rathaus, soll die rot-schwarze Koalition nun mit neuer Spitze weiter regieren.

Doch Berlin braucht keine neuen Köpfe mit den alten Inhalten, Berlin braucht einen Politikwechsel. Nach mehr als drei Jahren ist es mehr als deutlich: Die Gemeinsamkeiten zwischen SPD und CDU sind aufgebraucht.

Wirkliche Reformen hin zu mehr Bürgerbeteiligung, für einen handlungsfähigen öffentlichen Dienst, für eine sozial ausgewogene Wohnungs- und Mietenpolitik und für den Ausbau des längeren gemeinsamen Lernens wird es mit diesem Senat nicht geben.

Ernsthafte Anstrengungen, unsere Stadt für und mit Bürgerinnen und Bürgern zu gestalten, werden dem Profilierungszwang des neuen noch vielen eher unbekannten Regierenden Bürgermeisters im Hinblick auf die Wahlen 2016 zum Opfer fallen.

Für DIE LINKE bedeutet dies, unseren Kurs der gestaltenden Opposition in dieser Wahlperiode weiter zu führen. Ob im Berliner Abgeordnetenhaus oder in den Bezirken: Wir streiten für konkrete Alternativen zur rotenschwarzen Stillstandspolitik. Dem planlosen Kahlschlag im öffentlichen Dienst setzen wir unsere Ideen für eine bürgerfreundliche Kommune entgegen und sagen konkret, wo dringend neues Personal gebraucht wird, wo eher mehr als weniger Bürgerämter vorhanden sein sollten und wo Geld in die soziale und kulturellen Infrastruktur der Stadt investiert werden muss, statt es in Prestigeprojekte zu versenken.

Die Partei ist unser Anker

Neben einer klar erkennbaren LINKEN Opposition in den Parlamenten dürfen wir jedoch die Entwicklung unserer Partei nicht vergessen. Mit der im September 2014 angestoßenen Strukturdebatte in unserem Bezirksverband haben wir gute Chancen, uns so aufzustellen, Vertrauen in die Gestaltungskraft unserer Partei zurückzugewinnen.

Mit dem Ziel, in allen Marzahn-Hellersdorfer Stadtteilen wieder stärker sichtbar und erlebbar zu sein, wollen wir Verantwortung auf breitere Schultern verteilen. In unseren Basisgruppen gibt es viele engagierte Mitglieder. Sie sind vor Ort aktiv und kennen die anzupackenden Baustellen genau.

Diese Kräfte zu bündeln und damit DIE LINKE als Partei des Alltags wieder erkennbar werden zu lassen, ist die Herausforderung, die wir mit der anstehenden Strukturreform verbinden. Kein Bezirksvorstand kann ohne eine starke Vernetzung der Genossinnen und Genossen vor Ort diese Aufgabe bewältigen.

Bjoern Tielebein
Vorsitzender der Linksfraktion in der BVV und Mitglied des Bezirksvorstandes der LINKEN. Marzahn-Hellersdorf

DIE LINKE.

Zur Person: Stephanie Gumpert

In einer kleinen Serie werden in der Rubrik „Zur Person“ ab sofort junge Parteimitglieder aus Marzahn-Hellersdorf vorgestellt. In der Jugendgruppe organisiert, treffen sie sich mindestens einmal im Monat im Linken Treff in der Henny-Porten-Straße.

Stephanie Gumpert aus Hellersdorf ist eine von ihnen. Sie ist 24 Jahre alt und seit Oktober 2013 Mitglied der Partei DIE LINKE. Die Politisierung begann schon in ihrem Elternhaus, das auch links orientiert ist. Stephanie sagt: „Das soziale und kulturelle Engagement der LINKEN hat mich schon immer überzeugt.“ Seit der Bundestagswahl im September letzten Jahres wollte sie die Partei dann auch „offiziell“ unterstützen. Sie wollte Menschen treffen, die gleiche politische Auffassungen teilen und sich mit ihnen über gesellschaftliche und politische Themen austauschen. An eine politische Karriere denkt Stephanie vorerst nicht.

Stephanie Gumpert *Foto: Thomas Braune*

Zurzeit arbeitet Stephanie als Altenpflegeassistentin bei Kursana in Marzahn. Die Ausbildung zur Altenpflegerin will sie noch nachholen. In der Jugendgruppe unterstützt sie die Partei bei Kinderfesten, beim Plakatieren im Wahlkampf oder beim Verteilen von Flyern oder der neuen Zeitung der Linksfraktion Marzahn-Hellersdorf. Bei den Treffen werden Themen wie die letzte Europawahl, Bezirkspolitik und vieles mehr diskutiert.

Stephanie lobt den Einsatz der Linksfraktion für Freizeitangebote im Bezirk: „Auch das Thema »Essbarer Bezirk« hat mich überzeugt“, sagt sie. Die Einrichtung einer Frauensporthalle im Freizeitforum Marzahn – ein Projekt mit dem vor allem SPD-Bezirksbürgermeister Komoß punkten will – hält sie dagegen für keine gute Idee. Insbesondere dass die Mehrzweckhalle dann nicht mehr allen zur Verfügung steht, sei nicht hinnehmbar. Das Engagement der Linksfraktion für ein Freibad in Marzahn-Hellersdorf findet Stephanie gut. Sie kennt das Wernerbad noch aus ihrer Kinderzeit. „Ein Freibad wäre toll für den Bezirk“, sagt Stephanie.

Für die Zukunft wünscht sie sich vor allem mehr Engagement junger Menschen in der Jugendgruppe der LINKEN und mehr Interesse für Politik im Bezirk allgemein. Gefreut hat sie, dass im Sommer noch zwei 14 bzw. 15 Jahre alte Interessierte dazugestoßen sind. Denn die Überalterung in der Partei kann zum Problem werden, meint Stephanie. Zudem sei es die DDR-Vergangenheit, die noch teilweise auf der Partei laste. Doch für junge Menschen stelle sie kein Problem oder Hindernis dar. Es ist eher die Resignation vieler Jugendlicher – vor allem in Marzahn-Hellersdorf –, die Stephanie Sorge bereitet.

Thomas Braune

„Unsere Wunden kann die Zeit nicht heilen“

Von Petra Pau (MdB)

Mitat Özdemir ist Vorsitzender der Interessensgemeinschaft Keupstraße in Köln. Wir hatten uns vor eineinhalb Jahren kennengelernt. Er führte mich damals durch jene Keupstraße, in der die NSU-Nazi-Clique 2004 eine Nagelbombe gezündet hatte, mit verheerenden Folgen. Ich wollte mir den Tatort anschauen, Herr Özdemir ermöglichte mir damals Gespräche mit etlichen Betroffenen des Attentats. Sie waren bedrückend. So sprach ich auch mit dem Friseurmeister, vor dessen Salon der Sprengsatz detoniert war. Noch im Herbst 2011, also sieben Jahre danach, wurde er wieder und wieder von der Polizei vorgeladen und bedrängt, er möge endlich sagen, was er mit alledem zu tun hatte. Sein Abschlusssatz hat sich mir eingebrannt: „Ich weiß, Frau Pau, auch die Polizei kann irren. Aber sie vergaß, dass wir Menschen sind!“

Nun war Mitat Özdemir nach Berlin gekommen und mit ihm viele aus dem gesamten Bundesgebiet. Die Fraktion DIE LINKE hatte zu einem öffentlichen Fachgespräch, der „NSU-Komplex – Bilanz und Ausblick“, eingeladen. Dort wiederholte Herr Özdemir: „Bis zum NSU-Anschlag in der Keupstraße hatten wir alle Vertrauen in den deutschen Rechtsstaat, seither nicht mehr.“

Die NSU-Mörderbande war am 4. November 2011 aufgeflogen. Pünktlich zum Datum brachte Barbara John nun ein Buch „Unsere Wunden kann die Zeit nicht heilen“ vor. In ihm beschreiben Angehörige der NSU-Opfer, wie es ihnen seither erging. Sie alle wurden verdächtigt und wie Täterinnen bzw. Täter behandelt. Mit fatalen Folgen. Bei mir löste fast jede Geschichte auch Wut und Verzweiflung über die fehlende Empathie deutscher Behörden aus. Die Hinterbliebenen mussten sie erleiden.

Politisch bestätigten fast alle, was Herr Özdemir sagte: Sie haben kein Vertrauen in den Rechtsstaat mehr, in ihrem Deutschland. Und wenn doch noch ein Rest geblieben ist, so hängt der am laufenden NSU-Prozess in München. Umso mehr bringt es mich in Rage, wenn Behörden, wenn Regierungen immer noch versuchen, Untersuchungen zum NSU-Komplex zu behindern. Beispiele dieser Art gibt es viele. Das vorerst jüngste stammt aus dem Land Brandenburg, wo der Verfassungsschutz sich weigert, einen V-Mann mit NSU-Bezug vor dem Gericht befragen zu lassen. Wer so agiert, hat keinerlei Respekt gegenüber den NSU-Opfern und ihren Angehörigen. Außerdem treiben diese Hintertreiber Bundeskanzlerin Angela Merkel zum Meineid. Sie hatte im Februar 2012 bedingungslose Aufklärung versprochen. Davon kann bislang keine Rede sein.

Wer möchte mit in den Deutschen Bundestag?

Wir haben noch einige freie Plätze für eine Informationsfahrt für politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger anzubieten, organisiert durch das Bundespresseamt.

Am 5. Dezember 2014 um 8.15 Uhr starten wir mit einem Bus an der Bushaltestelle am U-Bahnhof Elsterwerdaer Platz. Es geht dann direkt zum Bundestag. Zuerst werden wir eine Plenardebatte verfolgen können, anschließend ist ein Gespräch mit Petra Pau geplant.

Im weiteren Verlauf des Tages sieht die Planung den Besuch der Bundesministerien für Inneres und eine Stadtrundfahrt vor. Zwischendurch wird natürlich auch für das leibliche Wohl (Mittagessen und Abendessen) gesorgt. Das Ende der Fahrt mit dem Bus (der uns den ganzen Tag zur Verfügung steht) wird wieder der Ausgangspunkt sein. Dieses Angebot ist kostenlos.

Interessierte melden sich bitte möglichst bis zum 14.11.2014 im Wahlkreisbüro von Petra Pau, Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin oder/und per Tel: 030 99289380 bei Heidi Wagner.

MaHeli November 2014

Gibt's noch was außer Treppenlift?

Das mag sich mancher fragen, der in die Jahre gekommen ist. Einst hat man sich vielleicht ein schönes, kuschliges Häuschen gebaut, mit Keller und Oberstübchen – aber jetzt geht einem bei der Treppensteigerei allmählich die Puste aus. Gibt es da eine Alternative?

Die Kinder, indessen erwachsen geworden und mit eigener Familie, würden gern das Häuschen übernehmen. Aber deshalb aus Biesdorf wegziehen, wo man sich über lange Jahre so schön eingelebt hat?

Ingo Malter, Geschäftsführer der Wohnungsbaugesellschaft „Stadt und Land", eröffnete beim Politischen Frühschoppen vom 12. Oktober dazu interessante Perspektiven. Entlang der Weißenhöher Straße in Biesdorf-Süd (wo jetzt noch Baracken stehen) wird „Stadt und Land" Wohnungen bauen, die besonders für Ältere interessant sind. Nicht nur barrierefrei, mit Fahrstuhl und ausreichend Parkplätzen wird man hier wohnen können, sondern auch in angenehmer Nachbarschaft zu Familien und jüngeren Singles. Denn die Palette der vorgesehenen Wohnungen in den dreigeschossigen Häusern reicht von großen Vier-Raum-Wohnungen bis zu kleinen Appartements. Und die Nähe des Elsterwerdaer Platzes mit Ärzten, Apotheke, Einkaufszentrum, U-Bahn und Bussen ist auch nicht zu verachten.

Unsere Wahlkreisabgeordnete Regina Kittler und die stellvertretende Bezirkbürgermeisterin Dagmar Pohle informierten im Anschluss über das neue Gesundheitszentrum am UKB. Vom dortigen Tag der offenen Tür hatten sie viel Informationsmaterial mitgebracht, das von den ca. 40 Teilnehmern auch intensiv genutzt wurde.

Für die Beliebtheit des Politischen Frühschoppens (es war ja schon der 20.!) spricht wohl auch, dass ich selbst CDU-Bezirksstadtrat Christian Gräff im Publikum entdecken konnte. Das eröffnet ja ungeahnte Perspektiven, meint

Peter Kolbe

Politische Themen im Wahlkreis 1 diskutiert

Am 29. September hatte Wolfgang Bauer in die Rudolf-Virchow-Oberschule am Glambecker Ring in Marzahn-Ost eingeladen.

Thema war der handlungsorientierte Sozialstrukturatlas 2013. Im Vergleich zur Vorgängererhebung aus dem Jahr 2008 trat zwar keine drastische Verschlechterung ein, aber eine Verstetigung auf schlechtem Niveau. Die Kinderarmut wird mit 70 % beziffert, in Bezug auf Hilfen zur Erziehung ist der Wahlkreis berlinweit Spitzenreiter.

Prof. Dr. Meinlschmidt, Referatsleiter der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales, erläuterte das Datenwerk, in dem soziale Problemlagen herausgearbeitet werden und empfahl ausdrücklich die Politisierung! Die Analyse wurde auf räumlicher Ebene der Berliner Bezirke anhand von 66 Indikatoren aus den Bereichen Bevölkerungs- und Haushaltsstruktur, Bildung, Erwerbsleben, Einkommen und materielle Lage sowie Gesundheit vorgenommen. Die Ergebnisse induzieren einen gewissen Bedarf und dienen als Grundlage für wichtige planerische Fragestellungen der Politikfelder Gesundheit und Soziales. Dagmar Pohle, stellvertretende Bezirksbürgermeisterin und Stadträtin für Gesundheit und Soziales, erläuterte die konkrete Situation im Bezirk. In Hellersdorf ist eine dynamisierte schlechtere Entwicklung zu verzeichnen, im Marzahner Wahlkreis 1 eine Verstetigung auf schlechtem Niveau. Dabei hat Marzahn-Hellersdorf mit ca. 50 % mit die höchste Erwerbstätigkeit in Berlin zu verzeichnen, aber eine hohe Rate von Aufstockern. Von Interesse war auch die gesundheitliche Versorgung.

Gabriele Geißler, Geschäftsführerin der Kiek in - Soziale Dienste gGmbH, berichtete von der Arbeit und den Angeboten des sozialen Stadtteilzentrums, das auf die Situation im Stadtteil reagiert. Obwohl keine originäre Aufgabe, wurden seit 2002 bereits 303 Menschen erfolgreich in Arbeit vermittelt! In der Diskussion wurde schnell deutlich, dass der Abend nur der Auftakt für weitere Runden sein konnte.

Das Fazit heißt: Sozialen Ungleichheiten kann nur im Rahmen einer politischen Gesamtstrategie begegnet werden!

Das konnte auch die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages Petra Pau am 14. Oktober als Gast bei Wolfgang Brauer im Berliner-Tschechow-Theater bestätigen. Nachdem sie aus ihrem politischen Werdegang und Alltag erzählte, hatte sie viele konkrete Fragen, zum großen Teil aus der Außenpolitik, zu beantworten.

Sabine Behrens

Ich sage OlympJA

Es ist nicht sehr überzeugend, wenn eine Partei, die sich gegen Kriege ausspricht, gleichzeitig Olympische Spiele ablehnt. Schließen wir uns der These des Begründers der modernen Olympischen Spiele, des französischen Humanisten Pierre de Coubertin an, der schon vor Jahrzehnten erklärt hatte: „Von den Völkern fordern, sich zu lieben, ist lediglich eine Art Kinderei. Ihnen abzuverlangen, sich zu respektieren, ist durchaus keine Utopie; aber um sich zu respektieren, muss man sich zunächst einmal kennen lernen." Es ist müßig, Illusionen an die Olympischen Spiele zu knüpfen, aber es ist nötig, zu bekunden, dass wir die dem Frieden dienende olympische Idee unterstützt.

Man kommt bei der Diskussion allerdings nicht daran vorbei, festzustellen, dass die Kandidatur für die Spiele des Jahres 2000 ein Missgriff in vielfacher Hinsicht war und deshalb die Forderung erhoben werden muss, sachkundige und redliche Repräsentanten des deutschen Sports an die Spitze des Bewerbungskomitees zu stellen. Ihre Tätigkeit bedarf einer ständigen und gewissenhaften Überprüfung. Es darf sich nicht wiederholen, dass gewissenlose Manager die Bewerbung als einträgliches Geschäft betrachten. Wenn die Bewerbung als Chance verstanden wird

- den gemeinnützigen Freizeit- und Breitensport,
- den Kinder-, Jugend- und Schulsport,
- den Sport der Senioren und Behinderten
- und den Nachwuchsleistungssport

allseitig zu fördern, kann ich keinen Grund finden, gegen die Olympischen Spiele in Berlin zu sein. Das alles wird im Papier des Senats „Die ganze Welt in unserer Stadt – Interessenbekundung Berlins für die Olympischen und Paraolympischen Spiele" berücksichtigt. Nehmen wir doch den Senat beim Wort! Nehmen wir den DOSB und das IOC beim Wort in Zukunft sparsame, vom Gigantismus befreite Spiele durchführen zu wollen! Stellen wir uns nicht gegen die über 20 Millionen Mitglieder des DOSB, gegen die jungen Sportlerinnen und Sportler, die für die Teilnahme an den Olympischen Spielen trainieren, in den deutschen und internationalen Olympiasiegern ihre Vorbilder sehen!

Rainer Rau

Institutioneller Rassismus

Zu Gast im Wahlkreis 5 war Halina Wawzyniak (MdB) und diskutierte mit den Anwesenden am 29.9. in Mahlsdorf.

Dies war bereits die dritte Zusammenkunft in diesem Rahmen. Nach zwei Gesprächsrunden über die Friedens- und Außenpolitik der LINKEN mit Kurt Neumann bzw. mit Stefan Liebich nun das Thema „Rassismus".

Aus ihrer Kenntnis als Bundestagsabgeordnete ging Halina mit Beispielen auf Aspekte des institutionellen Rassismus ein. In der von Björn Tielebein moderierten Diskussion wurden von den etwa vierzig anwesenden GenossInnen viele Fragen aufgeworfen. Dabei ging es u.a. um Reaktionen auf Situationen in denen der einzelne auf Menschen aus ihnen nicht vertrauten Ländern und Kulturen trifft. Es wurde die Möglichkeit erörtert, was anonyme Bewerbungen (bei Einstellungsverfahren) bewirken können und welche Grenzen es dabei gibt.

Auch der Begriff „Rassismus" wurde in seiner Anwendung zur Diskussion gestellt. Weiter ging es u.a. mit folgenden Fragen: Wie zeigte und zeigt sich immer noch der Rassismus in unterschiedlichen Gesellschaftsformen und wie wurde in der DDR damit umgegangen?

Klar wurde, dass es auch innerhalb unserer Partei zu diesem Thema noch viel mehr inhaltliche Auseinandersetzungen geben sollte. Ein feinfühligerer Umgang mit dem Thema „Rassismus" gewinnt angesichts der zunehmenden Flüchtlings- und Asylbewerberzahlen an Bedeutung.

Michael Blume

Kurz informiert:
Aus dem Bezirksvorstand

Wir sehen jeden Tag Bilder aus den Krisengebieten der Erde, wir hören Zahlen, die man sich nicht wirklich vorstellen kann. (Wer kann sich vorstellen, dass in kurzer Zeit 3 Mio. Menschen aus ihrer Heimat fliehen?) Nach verschiedenen Umfragen sind fast 2/3 der Bürger der Meinung, dass Deutschland mehr für diese Flüchtlinge tun sollte. Dazu gehören viele verschiedene Maßnahmen, aber für die Unterbringung von Geflüchteten.

Ich bin Hellersdorfer und habe die Entwicklung des Flüchtlingsheims in der Carola-Neher-Straße direkt miterlebt. Ich war auf der Versammlung am 9. Juli 2013, deren Bilder dann dank Internet buchstäblich um die Welt gegangen sind. Und ich erlebe jetzt ein normales (das heißt nicht immer problemloses) Nebeneinander und auch Miteinander von „Einwohnern“ und Flüchtlingen.

Jetzt werden zur Unterbringung weiterer Flüchtlinge Containerdörfer errichtet, darunter in unserem Bezirk in der Schönagelstraße. Und auch wenn wir ja nun mit dem Heim in der Carola-Neher-Straße Erfahrungen haben – die nun betroffenen Anlieger haben Fragen, Bedenken und Sorgen. Das ist normal, darüber muss gesprochen werden, und das wird auch geschehen.

Und es ist ein Versagen der Bundes- und Landespolitik (der Bezirk ist hieran nicht beteiligt), dass man ein sich über Monate, eigentlich über Jahre entwickelndes Problem jetzt mit Interimsmaßnahmen wie Containerdörfern (die vermutlich recht dauerhaft sein werden) lösen will. Auch das muss in der Debatte bleiben. Aber dabei sollte nicht vergessen werden, dass es jetzt nicht nur um eine politische Debatte und um den Vergleich von Zahlen geht, sondern um Menschen, denen geholfen werden muss, hier und jetzt – ich erinnere noch mal an die täglichen Bilder im Fernsehen. Anlieger der Schönagelstraße haben als „Anwohnerschaft Marzahn“ der Bezirksverordnetenversammlung ein Schreiben übergeben, in dem der „energische Widerstand aller Anwohner“ angekündigt wird. Als Hellersdorfer kommen mir da einige Erinnerungen („Nein zum Heim“). Ja, in diesem Schreiben wird auch auf ernsthafte Probleme aufmerksam gemacht, die es zu beachten gilt. Aber daneben gibt es auch einen Kontext. Der Text des Briefes der „Anwohnerschaft“ steht im Internet, dazu gibt es Kommentare, und einige davon sind erschreckend, wie zum Beispiel (Originaltext mit Original-Orthographie): *„Ich find es eine bodenlose frechheit, solangsam reicht mir es wirklich mit dem Ausländer pak.“ Oder „Ab nach lichtenberg in den alten Bunker Mit dem pack tür Zu und Ruhe“.* Die Meinung „aller Anwohner“? In Hellersdorf wird heute mancher etwas verlegen, wenn er an Äußerungen vom Sommer 2013 erinnert wird.

Vielleicht sollte man erst mal reden – auch mit Menschen, die da praktische Erfahrungen haben. Die gibt es in Hellersdorf jedenfalls, auch im Bezirksamt, aber auch bei „Hellersdorf hilft“, und natürlich auch bei der LINKEN.

Bernd Preußer

Vernunft statt Angst – Für einen offenen Bezirk Marzahn-Hellersdorf!

Die BVV-Sitzung im Oktober begann mit einem Klavierkonzert, dargeboten von Schüler*innen der Hans-Werner-Henze-Musikschule Marzahn-Hellersdorf. Anlass war die Gedenkveranstaltung anlässlich des 25. Jahrestages des Falls der Mauer am 9. November 1989. Als Festredner war Rainer Eppelmann – DDR-Oppositioneller, Minister für Abrüstung und Verteidigung der letzten DDR-Regierung und Vorstandsvorsitzender der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur – zu Gast in der BVV. Eppelmann berichtete über sein Leben in der DDR und das ihm und vielen anderen DDR-Bürger*innen widerfahrene Unrecht. Zu den Demonstrationen von 1989 erklärte er: „Wer 1989 verstehen will, muss etwas verstehen von der Sehnsucht nach Demokratie und Freiheit in der DDR.“

Überschattet wurde die Rede durch die Präsenz von ca. 30 Neonazis, die bereits vor Beginn der Sitzung vor dem Freizeitforum Marzahn eine Kundgebung abhielten und dann im BVV-Saal die oberen Ränge belegten. Anlass des Aufgebotes war die geplante Einrichtung einer Container-Siedlung für Geflüchtete in Marzahn. Von den Rängen fotografierten die Nazis Verordnete, Mitarbeiter*innen und andere Anwesende. Auch nach Aufforderung der BVV-Vorsteherin unterließen sie das Abfotografieren nicht. Die Linksfraktion prüft jetzt mögliche Konsequenzen. Durch Drohkulissen bekennender Neonazis und ihrer Sympathisant*innen lassen wir uns nicht einschüchtern.

Erst nachdem die Bürgeranfrage zum Heim verlesen und beantwortet sowie eine Resolution gegen das Heim an Bezirksbürgermeister Komoß (SPD) übergeben wurde, verließen die Nazis samt Unterstützer*innen den Saal. Anwesend waren auch lokale Vertreter*innen der AfD. Es bleibt abzuwarten, ob und in welcher Form diese sich dem Protest gegen das geplante Heim anschließen werden. Unsere Solidarität gilt den engagierten Unterstützer*innen der Rechte von Geflüchteten, die dem fremdenfeindlichen Aufmarsch nicht tatenlos zusehen wollten – und natürlich allen in Deutschland schutzsuchenden Geflüchteten. Die demokratischen Fraktionen der BVV verabschiedeten die Resolution „Hilfe für Menschen in Not“, die auf www.linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de nachgelesen werden kann. Das Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte wird Bürgerfragestunden zum geplanten Heim anbieten.

Nachdem sich die Situation entspannt hatte, konnte wieder zur Tagesordnung übergegangen werden. Unser Fraktionsvorsitzender Bjoern Tielebein sprach zu unserem Antrag, der den Kauf der Immobilie des ehemaligen Kino Sojus prüfen soll. Der Antrag bereichert die Diskussion um die Unterbringung eines BVV-Saales um eine weitere Möglichkeit. Sollte dieser nicht im Alten Rathaus Marzahn realisiert werden können, wäre das Gebäude des ehemaligen Kinos ein geeigneter Ort für einen Mehrzweck- und BVV-Saal. Der Antrag, den ehemaligen Ratskeller des Rathauses zu einem Ort für Kultur zu machen, wurde einstimmig angenommen.

Der von der Linksfraktion unterstützte Antrag der Piraten für öffentliches WLAN in den bezirklichen Bibliotheken wurde mehrheitlich angenommen. Auch unser Antrag zur Erweiterung des Berlin-Ticket S (Sozialticket) auf den C-Bereich wurde beschlossen. Nun muss sich das Bezirksamt bei den betreffenden Stellen für die Erweiterung einsetzen. Der Antrag der Piraten, die Preise für das Berlin-Ticket S zu senken, fand aufgrund der Ablehnung – mit fadenscheinigen Begründungen – durch die Koalition (CDU, SPD und Bündnisgrünen) leider keine Mehrheit. Gerade von SPD und Bündnisgrünen hätten wir hier etwas anderes erwartet. Im derzeitigen ALG II Regelsatz sind 24,62 Euro für die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel eingerechnet. Das Berlin-Ticket S kostet jedoch 36 Euro.

Thomas Braune

Spendenaufruf

Liebe Genossinnen und Genossen,

unsere kleine Weihnachtsfeier für die Kinder im Geflüchteten- und Wohnungslosenheim in der Otto-Rosenberg-Straße ist inzwischen zu einer Tradition geworden.

Es ist nun schon das vierte Jahr, in dem wir jedem der ca. 50 Kinder eine kleine Weihnachtsüberraschung überreichen wollen.

Ich bitte Euch daher um Spenden. Ihr könnte diese bis zum 29. November zu den gewohnten Öffnungszeiten in der Geschäftsstelle abgeben oder auf folgendes Konto überweisen:

BV DIE LINKE Marz.-Hell.
*IBAN: **DE88 1005 0000 2193 8281 67 ;** BIC-/SWIFT-Code:**BELADEBEXXX**,*
*Konto: **2193828167** / BLZ: **100 500 00**, Berliner Sparkasse*
Verwendungszweck: MH Spende; Vorname Name, Anschrift

Auch über Sachspenden wie Spielsachen oder Kinderbücher freuen wir uns, bitten aber darauf zu achten, dass es sich um Neuware handelt. Dank eurer zahlreichen Spenden im letzten Jahr, ist noch reichlich Geschenkpapier und Schleifenband vorhanden. Geschenktüten sind jedoch immer etwas rar. Wer welche übrigen hat, kann diese sehr gern für unsere Feier spenden.

Wer beim Einkaufen der Geschenke behilflich sein möchte, kann sich gern bei mir melden (ambesten über die Geschäftsstelle 030 5412130/bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Viele Grüße und herzlichen Dank!

*Eure **Sarah Fingarow***

Dr. Manuela Schmidt (MdA):
Was muten uns der Senat und diese Koalition noch alles zu?

Das Schaulaufen der drei Bürgermeisterkandidaten für die Nachfolge von Klaus Wowereit ist vorbei, der Kandidat Michael Müller steht fest. Wer jedoch denkt, dass dieser Senat, diese SPD-CDU-Koalition jetzt wieder handeln würde - weit gefehlt. Statt sich endlich den drängenden Fragen der Stadt zu stellen, werden neue Baustellen aufgemacht. Jetzt fällt der CDU doch ein, dass das Einschulungsalter wieder hochgesetzt werden soll. Wollen sie mit diesem Thema ablenken vom Versagen ihres Sozialsenators Czaja oder ihres Innensenators Henkel? Der Winter steht vor der Tür und die Flüchtlinge strömen noch immer in großer Zahl in die Stadt. Herr Henkel bricht die Verabredungen mit den Flüchtlingen vom Oranienplatz, und Herr Czaja will jetzt Containersiedlungen für die Flüchtlinge bauen lassen. Was, bitteschön, wird denn den Flüchtlingen noch zugemutet? Nun kommen sie nach traumatischen Erlebnissen, Vertreibung, Flucht hier in Berlin an und sollen dann in Containersiedlungen untergebracht werden, Provisorien, die menschenunwürdig sind. Vor allem bleiben wesentliche Fragen offen: Wie kann die Integration der Menschen in die Gesellschaft gewährleistet werden? Wie wird die Beschulung an den umliegenden Schulen sichergestellt? Wie werden die Anwohnerinnen und Anwohner in den Prozess der Integration einbezogen?

Eine dieser Containersiedlungen soll nun in der Marzahner Schönagelstraße entstehen. Gern würden wir mit allen Betroffenen eine Willkommenskultur entwickeln. Doch der Senat gibt uns keine Chance dazu. Den Standort haben wir aus der Zeitung erfahren, in wenigen Wochen sollen die Container - provisorische Blechkisten(!) - errichtet sein. Transparenz sieht anders aus!! Und auch der Standort setzt Fragezeichen! Die Fläche befindet sich an der Kreuzung zweier stark befahrener Ausfallstraßen und liegt zudem in einem heftigen Windkanal. In Anbetracht der bevorstehenden Jahreszeit eine Zumutung! Unsere Erwartung an eine Willkommenskultur für Flüchtlinge sieht anders aus!
Eigentlich wollte ich informieren über die gegenwärtige Debatte zur Personalsituation im öffentlichen Dienst des Landes Berlin, insbesondere in den Bezirken. Auch hier haben wir inzwischen eine unhaltbare Situation und auch hier legen weder Senat, noch SPD oder CDU eine Lösung auf den Tisch. Doch auch bei diesem Thema werden wir die Regierung treiben - versprochen!

Meine
Realitätszuckerwatte
Aus Kinderwolkentraum

* * *

Geerdet
Blätterhaufen
Erntezeit
Igelglück

Janina Niemann-Rich

Juliane Witt: Das Beste für die Kinder und Jugendlichen sichern -
auch unter schwierigen Herausforderungen

In dem Werbeblatt Berliner Woche wurde am 1. Oktober 2014 unter der Überschrift „ Positives Fazit“ der Eindruck erweckt, dass der Übertragungsprozess der Jugendfreizeiteinrichtungen als reibungslose Privatisierung dargestellt wurde. Wäre der Journalist Harald Ritter am 11.9. wirklich im FFM gewesen, hätte er diesen Text vielleicht anders umgesetzt. Der Anlass für den Übertragungsprozess war keinesfalls, die Finanzierungsmittel einzusparen, sondern der Beschluss des Senats, dass der Bezirk 175 Beschäftigte abbauen muss. Schon im August 2012 war absehbar, dass dies eine falsche Vorgabe ist, dass die wachsende Stadt mehr Personal braucht. Es gab Demonstrationen und ein deutliches Votum dagegen - aber ohne Erfolg. Aus der Sicht des Jugendamtes war es eine kaum zu schaffende Aufgabe, für 46 KollegInnen neue Einsatzfelder finden, ohne dass jemand entlassen wird. Wir sollten alle Einrichtungen offen halten, gleichwohl es täglich weniger Mitarbeiter in den Teams gab und keine Planung möglich war. Es ging darum, keinen Verlust für die Kinder und Jugendlichen zuzulassen, zu oft waren schon Einrichtungen geschlossen worden. Jetzt gab es eine klare Zielsetzung: Alle Leistungen erhalten, um jeden Cent für die Kinder des Bezirks kämpfen und sicherstellen, dass das Geld sachgemäss und gerecht eingesetzt wird. Für fast alle MA ist ein neuer Arbeitsplatz gefunden worden. Es war eine schwierige Aufgabe - aber wir haben sie gelöst. Aktuell sind die Jugendclubs für zwei Jahre an freie Träger übergeben. Zum Sommer 2015 wird der Überprüfungsprozess starten, denn die Einrichtungen selbst sind weiterhin im Besitz des Bezirks. Die Einsparung des Personals und das Finden von neuen Einsatzmöglichkeiten hat allen das Letzte abverlangt. Wer aber glaubte, das Jugendamt werde diese Herausforderung nicht meistern, wer schon hoffte, dass die Schließung von Einrichtungen zu einer chaotischen Situation führen würde - der hat sich getäuscht. Das macht das Ganze nicht zu einem vollen Erfolg, aber es ist auch keine von den politischen Gegnern erhoffte Geschichte des Scheiterns. Die Wahrheit ist immer ausdifferenziert und facettenreich. Ich wünsche mir, dass viele die Möglichkeit nutzen, sich selbst ein Bild zu machen, dass Bürgerinnen und Bürger in die Einrichtungen gehen und dort selbst teilnehmen an Veranstaltungen und schauen, wie verantwortungsvoll Träger und Mitarbeiter agieren - und auch, wo es Mängel gibt, Verbesserungsmöglichkeiten sind und somit wir alle daran arbeiten können, die Einrichtungen mit den Kindern und Jugendlichen zu verbessern.

Erstaunliche Vielfalt

An Kultur hat Marzahn-Hellersdorf viel zu bieten. Die Alte Börse etabliert sich zunehmend als Kulturstandort. Das Berliner Deutsch-Russische Tschechow-Theater, das Biesdorfer Theater Am Park, das KulturGut Marzahn, das Kulturforum Hellersdorf, das Kino Kiste, das Freizeitforum Marzahn, die Bibliotheken, das Kunsthaus Flora, verschiedene Ausstellungszentren, Das Rathaus Marzahn, die Galerie M u.a. Einrichtungen laden zu vielfältigen Angeboten ein.
Eine Ausstellung der besonderen Art ist seit dem 15. Oktober in der Galerie M in der Marzahner Promenade 46 zu sehen. Eigentlich zeigt die Galerie M vorrangig Projekte von professionellen Künstlerinnen und Künstlern, die in ihrer Arbeit den urbanen Raum thematisieren. Ein Teil der Ausstellungen wird von Installationen und Kunstaktionen im öffentlichen Raum begleitet. Die derzeitige Ausstellung zeigt das Finale der Temporären Kunstakademie Marzahn. Die hat der Musiker, Komponist, (Aktions-)Künstler, Dozent und Wissenschaftler Maurice de Martin in diesem Jahr als Ergebnis seines vorjährigen Marzahn-Projektes „Maurice ist da“ gegründet.
Zeitgenössische Kunst von Nachbarn für Nachbarn ist das Motto. Dabei fanden sich Menschen zusammen, die unterschiedlicher nicht hätten sein können. So dann auch die Ergebnisse, eine erstaunliche Vielfalt bietet sich den Besuchern. In den Weiterbildungsveranstaltungen, den sogenannten Akademixen traten internationale Künstler auf, die allesamt wie die Marzahner und Berliner Akademiemitglieder auch, die bedingungslose Doktorwürde verliehen bekamen.
Wer wissen möchte, was es damit auf sich hat und neugierig geworden ist, schaue in der Galerie vorbei. Bis zum 7. November ist diese ganz besondere Kunstpräsentation von Laien noch zu sehen.

Link: http://kunstakademie-marzahn.de/Termine/Eintrage/2014/10/15_Wir_zeigen_uns.html

Sabine Behrens

Marzahn-Hellersdorfer Bündnis 90/Grüne opfern Naturschutz dem Kommerz

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der BVV Marzahn-Hellersdorf stimmte im Umweltausschuss für die Sommerrodelbahn auf dem Kienberg und damit für Naturzerstörung.
Zu den Planungen der IGA 2017 gehört noch immer die Einrichtung einer Sommerrodelbahn. Im Unterschied zum Waldumbaukonzept ist dieses Projekt insbesondere aus Sicht des Naturschutzes umstritten. Unabhängig von der Verlärmung, ginge hier wertvolle Fläche für die im Konzept vorgesehenen Lichtungen im Rahmen einer erlebbaren Waldlandschaft verloren.
Wir fordern daher das Bezirksamt auf, sich gegen ein solches Vorhaben an besagter Stelle zu positionieren. Im Bezirk gibt es geeignetere Stellen ein derartiges Projekt umzusetzen.
Das Stimmverhalten von Bündnis 90/Die Grünen im Umweltausschuss bezüglich des Antrags der Linksfraktion gegen die Sommerrodelbahn verwundert. Gerade von einer grünen Partei hätten wir das so nicht erwartet. Es zeigt sich erneut, dass es den Bündnisgrünen im Bezirk an Rückgrat fehlt, eigene, zur SPD-CDU-Koalition konträre Positionen zu vertreten.
P.S. Wir haben nicht grundsätzlich etwas gegen derartige Anlagen, am ohnehin durch die IGA „gestressten“ Kienberg gingen hierdurch aber wichtige im Rahmen des Waldumbaukonzeptes für Freiräume vorgesehene Flächen verloren. Die beabsichtigte, an Zielarten wie der Zauneidechse orientierte Erhöhung der Biotopqualitäten würde ad absurdum geführt werden. **Frank Beiersdorff**

Lese-Spaß trotz ZDF ...

... hatten die ca. 20 Teilnehmer der Reihe „Rotes Sofa“ am 9. Oktober um 18.00 Uhr im Abgeordnetenbüro Regina Kittler / Dr. Manuela Schmidt. Und das kam so:
Regina Kittler hatte Prof. Dr. Erika Maier zur Lesung geladen zu Ihrem Buch „einfach leben – hüben wie drüben. Zwölf Doppelbiografien“. Das ZDF schien sich dafür zu interessieren und hatte ein Dreier-Team geschickt. Schon vor Veranstaltungsbeginn wurde die Autorin in den Räumen am Helene-Weigel-Platz 7 ausführlich interviewt. Zu ihrem Buch? Nein, nicht direkt. Zum Thema deutsch-deutsche Vergangenheit? Nein, auch nicht so direkt. Es ging eigentlich nur um eines: „War die DDR ein Unrechtsstaat?“ Mit der gleichen Frage wurden auch mehrfach Zuschauer der Veranstaltung befragt.
Die Antworten habe ich nicht hören können; denn ich wollte doch nicht „spionieren“. Aber sie müssen sehr unbrauchbar für das ZDF ausgefallen sein; denn in der dafür vorgesehenen Sendung „Berlin direkt“ am 12.10. ab 19.10 Uhr war nicht ein einziges Schnipselchen davon zu entdecken. Schade um die Mühe und die verschleuderten Fernsehgebühren!
Die Lesung mit Erika Maier war ein voller Erfolg. Auszüge aus den Biografien zweier Ärztinnen und zweier Armee-Offiziere trug sie vor, und in der Diskussion ergänzten einige Gäste mit eigenen Erinnerungen die Bilder aus vergangenen Zeiten. Auffällig war dabei, wie freundlich und einfühlsam Bezug zum jeweils anderen deutschen Staat genommen wurde – im Buch wie in der Diskussion. Das lassen die große Politik und die Medien leider vermissen. Das anwesende ZDF lieferte dafür den erneuten Beweis.
Peter Kolbe

Aus den Siedlungsgebieten:

Gründerzeitmuseum Mahlsdorf - Ort der Gründerzeit und für Toleranz

Am Hultschiner Damm 333 liegt unser Gründerzeitmuseum Mahlsdorf. Es ist im zweihundert Jahre alten Gutshaus Mahlsdorf untergebracht. Das Gutshaus ist nach der mittelalterlichen Dorfkirche das zweitälteste Gebäude in Mahlsdorf. Das Museum beherbergt diverse Räume wie Salons, Arbeitszimmer, eine Küche sowie viele Musikautomaten. Hier werden die Gründerzeit als Epoche, in der das Bürgertum in Mitteleuropa die Führung übernahm, dargestellt. Im weitesten Sinne werden mit der Gründerzeit die ersten Jahre nach der Gründung des Deutschen Kaiserreiches bezeichnet. Bezogen auf die Deutsche Geschichte wird die Zweit zwischen der Revolution 1848/49 und der Reichsgründung 1866/71 als Gründerzeit bezeichnet.

Das Museum in Mahlsdorf ist untrennbar mit Charlotte von Mahlsdorf verbunden. Sie wurde am 18. März 1928 in Berlin Mahlsdorf als Lothar Berfelde geboren. Was ihn in seinem Elternhaus umgab, wurde später seine große Liebe. Die Wohnkultur der Gründerzeit. Er hatte bereits 1945 fünf vollständige Zimmereinrichtungen aus der Gründerzeit zusammengesammelt und sie ab 1946 im Schloss Friedrichsfelde ausgestellt. Am 1. August 1960 eröffnete er in zwei Räumen sein Gründerzeitmuseum. Es gilt heute als ein bedeutendes Zeugnis der Gutswirtschaften des 18. Jahrhunderts und ist ein herausragendes Dokument privater Denkmalpflege. Bis 1995 führte Charlotte die Besucher selbst durch ihr Museum. Sie wurde bei einem Frühlingsfest 1991 durch Nazis feige überfallen und fühlte sich in Deutschland auch dadurch nicht mehr wohl. Nach ihrer Übersiedlung nach Schweden im Jahre 1997 pflegt und präsentiert der Förderverein Gutshaus Mahlsdorf e.V. das Gutshaus Mahlsdorf mit der Gründerzeitsammlung. Nachdem Charlotte von Mahlsdorf im Jahre 2002 verstorben war, wird ihr Gut und Anwesen durch den Verein weitergeführt. Im Gutshaus Mahlsdorf kann geheiratet werden und im Keller des Gutshofes kann in der „Mulackritze“ auf ein Getränk eingekehrt werden.

In der Außengestaltung des Gutsparke sollte durch den Bezirk Marzahn-Hellersdorf der historische Springbrunnen wieder nachgebaut werden. In den Vorlagen des Bezirksamtes zum Ergänzungsplan zum Haushalt 2015 wurden die dafür geplanten 125.000 Euro in einer Nachschiebeliste ersatzlos gestrichen. Die Linksfraktion im Bezirk wird sich auch weiterhin für die Bewahrung und Entwicklung des Erbes von Charlotte von Mahlsdorf einsetzen. Für uns ist das Gründerzeitmuseum ein Ort der Geschichte und für Toleranz.

Klaus-Jürgen Dahler
Bezirksverordneter

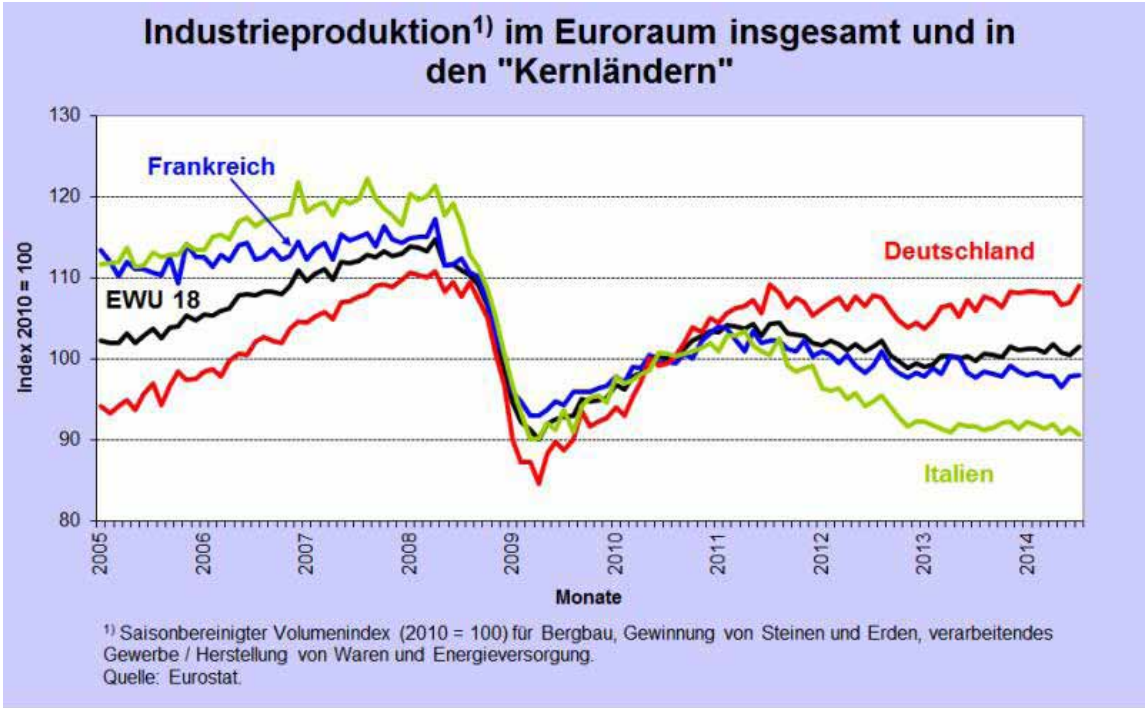
Zögerliche Impulse vom G-20-Finanzministertreffen

Von Jan Wiechowski

Vom 20. bis 21. September trafen sich die G20-Finanzminister in Cairns (Australien) und veröffentlichten ein gemeinsames Communiqué zur wirtschaftlichen Lage und zu angedachten Lösungswegen, das in einem spürbaren Kontrast zur deutschen Position steht.

So wurden unter anderem Steigerung des Lebensstandards, neue Investitionen und Deflationsbekämpfung als Ziele und Mittel zur Krisenlösung genannt, die spürbar der deutschen Politik entgegenstehen. Diese fordert, in teilweise abfälliger Weise, von unseren Freunden Strukturreformen, die ihren Lebensstandard senken und Deflation fördern.

Die Positionen der Bundesregierung sehen vor allem vor, Reallöhne zu senken. Mit der dadurch erhöhten Wettbewerbsfähigkeit soll Wachstum geschaffen werden. Die Folgen solcher Politik können momentan anschaulich in Südeuropa beobachtet werden. Und nun soll auch Frankreich diesen Weg gehen. Ein Irrsinn.



Bildquelle: http://www.flassbeck-economics.de/wp-content/uploads/2014/09/Abb-1-DFI.jpg

Vergessen wurde dabei, dass das Exportüberschussmodell auf Abnehmer im Ausland existentiell angewiesen ist. Eine Senkung der Löhne und Sicherheiten in Frankreich würden damit auch zur schwächeren Nachfrage, auch nach deutschen Produkten, führen und wer soll die Waren all der Exportüberschussländer dann noch kaufen?

Forderungen nach einem ausgeglichenen Außenhandel werden hierzulande schon aus Prinzip abgelehnt.

Vollkommen absurderweise hat Finanzminister Schäuble voller Stolz seine schwarze Null im Haushaltsplan verkündet. Das bedeutet, dass sich der Staat aus der Nettoinvestition zurückzieht und dank sogenannter Schuldenbremse oder besser gesagt Investitionsbremse wird das auch in Zukunft wahrscheinlich so bleiben. Wer soll denn nun investieren? Die Privatwirtschaft, die seit Jahren in Deutschland zu den Nettosparern zählt? Oder doch weiter das Ausland?

Besonders seine Aussage, dass mit Schulden kein nachhaltiges Wachstum erkauft werden kann, offenbart seine ideologischen Scheuklappen. Gerade die deutsche Wirtschaft ist auf eine Auslandsverschuldung mehr angewiesen als jedes andere Land der Welt. Auch hier stellt sich die Frage, wie diese Pläne europaweit funktionieren sollen, und ob die USA, Indien oder China bereit sind, sich auf alle Zeit bei den Überschussländern zu verschulden und damit in Abhängigkeit zu geraten? Deren Mahnungen lassen eher etwas anderes vermuten, aber ohne Schuldner im Ausland bricht das deutsche Modell zusammen.

Eine Strategie, auch durch (Real-)Lohnsteigerungen die Kapazitäten auszulasten und so für mehr Investition und Wachstum zu sorgen, gewinnt international offenbar an Zuspruch.

Die jüngsten Kommentare zum Mindestlohn zeigen aber, dass das für deutsche Hardliner Teufelszeug zu sein scheint, obwohl, beispielweise anhand der Industrieproduktion, zu erkennen ist, dass die bisherige Krisenpolitik Europa nicht aus der Stagnation führt.

Bei der Konferenz wurden viele Vorschläge gemacht und die deutsche Position, durch Deflation Wettbewerbsvorteile gegen Andere zu gewinnen, richtigerweise kritisiert. Langsam wird erkannt, dass eben diese Politik das Problem ist und nicht Teil der Lösung. Ideologischer Starrsinn blockiert leider den nötigen Politikwechsel.

Zu einer offenen Verurteilung oder Schutzmaßnahmen dagegen konnte man sich in Australien leider nicht durchringen. Was bleibt, ist die Hoffnung, dass der stete Tropfen den Stein höhlt und Europa aus der Krise findet und es nicht in einer Katastrophe endet. Erschreckend, wie schnell vergessen wurde, dass in Deutschland 1929/30 auch mit einer Deflationsstrategie reagiert wurde und welche Konsequenzen das hatte.

Politische Bildung

» **26.11.,** Ein gradliniges Leben im deutsch-deutschen Zickzack - Der Schriftsteller ronald m. schernikau. In Erinnerungen, Streiflichtern und originalen Texten des Autors. Referenten: Thomas Keck, Klaus Lederer, Volker Gransow, Moderation: Olaf Michael Ostertag, Güterstation auf dem Gelände der Alten Börse Marzahn, Beilsteiner Straße 51-85, 12681 Berlin, Eintritt: 2 Euro, Veranstaltung des Gesellschaftspolitischen Forums Marzahn-Hellersdorf

Abgeordneten laden ein

» **12.11., 19 Uhr, Gabi Hiller** trifft Dr. Reiner Zilkenat, Historiker, „Vor 100 Jahren begann der 1. Weltkrieg. Erinnerung, Mahnung, Warnung" – eine Diskussion, WK-Büro, Teterower Ring 41

» **15.11., 10-13 Uhr**, „Frischer Wind in den Bürgerhaushalten von Berlin", Podiumsdiskussion mit **Manuela Schmidt** und weiteren Gästen über aktuelle Entwicklungen und Perspektiven der Bürgerhaushalte in Berlin, Veranstalter: kommunalpolitisches forum e.V. (Berlin), Stadtteilzentrum KOMPASS, Kummerower Ring 42

» **19.11., 19 Uhr**, **Wolfgang Brauer** lädt ein: „Orkane, Tornados, Gewitter-Unwettergeschehen in Berlin und Brandenburg", mit Thilo Kühne, Berliner-Tschechow-Theater, Märkische Allee 410

» **24.11., 18.30 Uhr**, zu Gast bei **Regina Kittler** und **Manuela Schmidt**: Stefan Liebich (MdB) zum Thema „LINKE Außen- und Friedenspolitik", WK-Büro, Helene-Weigel-Platz 7

» **24.11., 19 Uhr**, **Gabi Hiller** trifft Dr. Karsten Knobbe, Bürgermeister von Hoppegarten, Gespräch unter Nachbarn: „Was können wir voneinander erwarten?", WK-Büro, Teterower Ring 41

» **25.11., 19 Uhr**, **Wolfgang Brauer** lädt ein zur Informationsveranstaltung für Bürgerinnen und Bürger zur Entwicklung der Allkauf-Fläche, Haus der Begegnung M3 e.V., Mehrower Allee 3, 12687 Berlin

Ernst-Busch-Chor lädt ein

» **6.12.,** 15 Uhr, Weihnachtssingen mit dem Ernst-Busch-Chor Berlin im Münzenbergsaal, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Eintritt: 5 Euro

» **13.12.**, 18 Uhr, Adventskonzert in der Segenskirche, Schönhauser Allee 161, nahe U-Bahnhof Senefelder Platz, Eintritt: 10 Euro, ermäßigt 8 Euro

» **24.1./25.1.**, jeweils 15 Uhr, Januarkonzert des Ernst-Busch-Chores Berlin im Russischen Haus der
Wissenschaft und Kultur, Friedrichstr. 176 - 179, 10117 Berlin, Eintritt: 12 Euro, Kartenvorbestellungen bei Jutta Bohnau, Tel.: 030 54801842

Hinten links:

Keine Gewalt gegen Frauen

Vor fünfzehn Jahren – 1999 – anerkannten die Vereinten Nationen den 25. November als internationalen Gedenktag „NEIN zu Gewalt an Frauen".

Wenigstens in der Gesellschaft hierzulande hat sich deren Position gleichberechtigter entwickelt, was nicht bloß an der Anzahl deutscher Ministerpräsidentinnen und Damen in Angela Merkels Kabinett fest zu machen ist.

Ohne Frauen könnte auch die Bundeswehr mit Ihrer Ministerin Uvd Leyen an der Spitze kaum noch Aufgaben erfüllen.

Von der Generalärztin bis zur Fighterpilotin sind sie in männliche Domänen vorgedrungen. Doch über häuslicher Gewalt und Prostitution liegt vielfach noch der Tabu-Mantel.

Deutschland ist nicht der „Nabel der Welt".

Frauen in Ländern wie Indien und China oder in vielen Gegenden Afrikas erdulden tradierte Unterdrückung. Die Welt hat mehr als 50 Kriegsherde!

Frage

Wann werden die Menschen beiderlei Geschlechts die gemeinsame Solidarität und Zivilcourage aufbringen, diese Welt besser und gerechter zu gestalten, damit dieser Gedenktag unnötig wird?

R. Rüdiger

http://www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de/politik/termine/

Bezirksvorstand

» **18.11., 2.12., 16.12.** jeweils **19.30 Uhr**, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, Beratungen des Bezirksvorstandes

Basisgruppensprecher-Beratungen

» **6.11., 4.12.** jeweils **19.30 Uhr**, BO Marzahn, Stadtteilzentrum, Marzahner Promenade 38, **und** BO Hellersdorf, Linker Treff, Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin

» **5.11., 3.12.** jeweils **18 Uhr**, BO Marzahn-Süd/Biesdorf, WK-Büro R. Kittler & M. Schmidt, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin

Frauentreffen

» **24.11., 18.30 Uhr**, für interessierte Mitglieder und Sympatisantinnen der LINKEN, WK-Büro Kittler/Schmidt, Helene-Weigel-Platz 7

Sprechstunden

» **Dr. Gabriele Hiller** (MdA), jeden Montag, 17 Uhr, WK-Büro, Teterower Ring 41

» **Regina Kittler** (MdA), 5.11., 12.11., 3.12. jeweils 16.30-17.30 Uhr, 19.11., 10–11 Uhr, Wahlkreisbüro, Helene-Weigel-Pl. 7

» **Dr. Manuela Schmidt** (MdA), 7.11., 21.11. 5.12. jeweils 10–12 Uhr, 10.11., 24.11. jeweils 18-19 Uhr, WK-Büro, Helene-Weigel-Pl. 7

» **Wolfgang Brauer** (MdA), 14.11., 11-13 Uhr, 18.11., 18-20 Uhr, WK-Büro, Havemannstr. 24

» **Dr. Manuela Schmidt** (MdA), 7.11., 21.11. 5.12. jeweils 10–12 Uhr, 10.11., 24.11. jeweils 18-19 Uhr, WK-Büro, Helene-Weigel-Pl. 7

» **Petra Pau** (MdB): 10.12., 10-12 Uhr, Wahlkreisbüro, Henny-Porten-Str. 10-12, 16-18 Uhr, Kiek in, Rosenbecker Str. 25/27, tel. Anmeld. 030 99289380

Abgeordnetenbüros

» **Dr. Gabriele Hiller** (MdA), Teterower Ring 41, 12619 Berlin (direkt hinter dem Spree-Center): mo/di 14-16 Uhr, mi/do 10-13 Uhr

» **Wolfgang Brauer** (MdA), Havemannstr. 24, 3. Etage, 12689 Berlin (Ärztehaus): di 18-20 Uhr, fr 11 - 13 Uhr, Tel. 030 97891950

» **Dr. Manuela Schmidt** (MdA), Tel. 030 54980323 und **Regina Kittler** (MdA), Telefon: 030 54980322, Helene-Weigel-Pl. 7, 12681 Berlin

Jugendgruppe - Linksjugend MH

» **21.11.** *(am 3. Freitag eines Monats)* jeweils **18 Uhr,** Linker Treff, Henny-Porten-Str. 10-12, Treffen der Jugendgruppe - Linksjugend

BVV-Fraktion

» **Sprechstunde der Fraktion DIE LINKE** im früheren Marzahner Rathaus, Helene-Weigel-Platz 8 (Raum 312), 12681 Berlin: Mo 16–18 Uhr, Di 16–18 Uhr, Mi 9–15 Uhr, Do 15–18 Uhr (außer am Sitzungstag der BVV: 20.11.), Telefon 030 902935820, E-Mail: fraktion@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Mietenratschlag

» am 4. Mittwoch im Monat von **14 - 16 Uhr: 26.11.,** LAG Städtebau und Wohnungspolitik, Karl-Liebknecht-Haus (Raum 523), Kleine Alexanderstraße 28 (U2 Rosa-Luxemburg-Platz)

Geschäftsstelle und Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12
(Telefon: 030 5412130/030 9953508 - Telefax: 030 99901561)
Montag: 13-17 Uhr / Donnerstag: 13-18 Uhr
Dienstag: 10-17 Uhr / Freitag: 10-13 Uhr

Impressum **Marzahn-Hellersdorf *links***

Herausgeber: DIE LINKE. Berlin. V.i.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Veröffentlichungen unter „Post an uns" (Leserzuschriften) sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrender Kürzungen von Beiträgen vor.

Layout: Yvette Rami

Anschrift der Redaktion: Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin
fon: 030 5412130, fax: 030 99901561

Internet: www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de

E-Mail: bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Bearbeitungsschluss: 03.11.2014. Auslieferung ab: 05.11.2014. **Druck:** Eigendruck. **Marzahn-Hellersdorf *links*** wird aus Spenden seiner Leserinnen und Leser finanziert. Empfehlung: 35 Euro-Cent. Die nächsten Ausgaben erscheinen am 04.12.2014 und am 15.01.2015

MaHeli November 2014